



## Die Bürger miteinbeziehen

Für das Projekt Tram 8+ soll eine Begleitgruppe gegründet werden. Ob die Tramverlängerung überhaupt finanzierbar ist, steht aber nach wie vor nicht fest.

Die Bevölkerung soll in das Projekt Tram 8+ miteinbezogen werden.

Foto: Saskia Scherer

■ Von Saskia Scherer

**WEIL AM RHEIN.** Die Stadt zieht ihre Lehren aus dem Bürgerentscheid zur Fußgängerzone und will die Bevölkerung in das Projekt Tram 8+, also die Verlängerung bis zum Läublinpark, miteinbinden. Dies soll in mehreren Stufen geschehen, erläuterte Erster Bürgermeister Rudolf Koger am Montagabend im Finanzausschuss.

Aufgrund des Umfangs und der Komplexität dieses Beteiligungsprozesses sei externe Unterstützung nötig. Die Firma Firu wurde um ein Angebot gebeten, welches bei knapp 68300 Euro liegt. Bei einer Gegenstimme (Thomas Harms, FDP) votierte der Ausschuss dafür, das Unternehmen mit der Durchführung zu beauftragen. Nächste Woche entscheidet der Gemeinderat.

### Mit Auftaktveranstaltung

Bereits bei der Verlängerung der Tram 8 bis zum Weiler Bahnhof gab es eine entsprechende Begleitgruppe, erinnerte Koger. „Das hat sich sehr gut bewährt, war aber auch sehr herausfordernd.“ Heutzutage seien die Leute noch kritischer und die Beteiligung soll professionell gestaltet werden. Bei der

Fußgängerzone sei bemängelt worden, dass zu wenig über die Sozialen Medien informiert worden sei. „Das wollen wir alles abdecken.“ Deshalb auch die Begleitung durch eine Firma. „Wir wollen Input von den Bürgern und erläutern, was geht und was nicht“, erklärte Koger. Es soll auch eine Auftaktveranstaltung geben.

### Bereits bei der Verlängerung der Tram 8 bis zum Weiler Bahnhof gab es eine entsprechende Begleitgruppe.

Agglo Basel würde sich mit einem Betrag von 10000 Schweizer Franken an dem Prozess beteiligen. Außerdem steht laut Koger ein Zuschuss aus dem Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Höhe von knapp 123300 Euro zur Verfügung. Diese Mittel seien bisher nicht im Wirtschaftsplan veranschlagt. Die Stadtwerke würden also nicht belastet, bestätigte der Erste Bürgermeister auf Nachfrage von Andreas Rühle (UFW). Und auch in den nächsten Jahren könnten Mit-

tel für den ÖPNV abgerufen werden.

Es gehe nicht nur darum, Gleise zu verlegen, betonte Oberbürgermeister Wolfgang Dietz. „Wir wollen der Hauptstraße ein neues Gesicht geben.“ Dies gab auch Koger zu bedenken, als Claus Weibezahl (CDU) monierte, der Verkehrsraum im Bereich der Hauptstraße sei falsch aufgeteilt.

Der Friedlinger Stadtrat Rühle war damals selbst in der Begleitgruppe, berichtete er. „Es macht Sinn im Vorfeld.“ Martin Fischer (Grüne) bezeichnete den Beteiligungsprozess als wichtig. „Bei der Fußgängerzone lief es nicht so optimal. So können wir Vorbehalte ausräumen“, meinte er etwa mit Blick auf die Radwegführung.

Matthias Dirrigl (SPD) kündigte sich, wie die Tram 8+ sich in das Gesamtverkehrskonzept einfügen würde. Die Entwurfsplanung werde mit der Stadtplanung abgestimmt, erläuterte Koger. Es handle sich nur um einen Mosaikstein in der Bürgerbeteiligung. Beim laufenden Isek-Prozess (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) gibt es beispielsweise bereits ein Beteiligungsformat. „Die Planung soll gemeinsam

erarbeitet werden. Wir wollen auch Abschnitte bilden wie in Friedlingen und uns immer wieder neue Gedanken machen“, sagte Koger. Durch die Tram 8+ würden zudem Bus-Kilometer frei, warf der OB ein. „Wir könnten neue Quartiere anschließen“, sagte Koger. Einen Parallelverkehr von Bus und Tram werde es auf der Hauptstraße nicht geben.

### Demokratie kostet Geld

Für Thomas Harms kommt die Beteiligung zu spät: „Die Bevölkerung soll im Nachhinein überzeugt werden von etwas, was der Gemeinderat beschlossen hat. Das hätte man vorher gemeinsam angehen sollen.“ Außerdem sei er nicht von der Tram 8+ als „tolle Lösung“ überzeugt. „Ein Citybus könnte schon längst verkehren.“ Die Bevölkerung soll mitgenommen werden beim Ausgestalten eines Beschlusses, erklärte Dietz.

„Zwei Euro pro Kopf sollte uns die Demokratie wert sein“, meinte Jürgen Valley (SPD). Er ging sogar so weit, die Bevölkerung auch in die Entscheidung über die Verlängerung mit einzubeziehen. Es sei noch zu früh, sich darüber Gedanken zu machen, meinte der OB.

## Folgekosten treiben die Räte um

Das Thema ließ in der Diskussion die Emotionen hochkochen.

**WEIL AM RHEIN.** Dass die Höhe der Betriebskosten nach wie vor nicht bekannt ist, sorgte im Finanzausschuss für Unmut. Der Gemeinderat hat bekanntlich zur Bedingung gemacht, dass ihm das Gesamtprojekt Tram 8+ erst noch einmal vorgelegt wird, bevor er eine Entscheidung trifft (wir berichteten). Es sei für ihn unverständlich, dass diese Kosten nicht beziffert werden können, kritisierte Eugen Katzenstein (UFW), der an diesen Vorbehalt erinnerte. Der Beteiligungsprozess mache nur Sinn, wenn man über die Kosten Bescheid wisse. Und er sei zwar auch dafür, die Bürger miteinzubeziehen. „Aber geht es nicht billiger?“

### Es hängt am Zuschuss

Die Stadt sei abhängig vom Land, stellte Erster Bürgermeister Rudolf Koger klar. „Der Mailverkehr zieht sich wie Gummi.“ Immer wieder gebe es Fragen, die er sofort beantwortete. Geklärt werden müsse, ob ein Zuschuss für das erforderliche weitere Tramfahrzeug möglich ist. Dieser würde sich elementar auf die Betriebskosten auswirken. Eine Höhe von 40 Prozent sei denkbar.

### Zwei Szenarien

Katzenstein forderte Szenarien mit und ohne Zuschuss. „Man will nicht mit den Kosten rausrücken und Zeit gewinnen“, schimpfte er, was Koger weit von sich wies: Er habe immer kommuniziert, dass die Basler Verkehrsbetriebe zwar die Betriebskosten berechnen könnten, dies aber keinen Sinn mache, ohne die Rahmenbedingungen zu kennen. Ungefähre Zahlen zu nennen, die sich in den Köpfen festsetzen, hielt Koger nicht für zielführend.

Auch Andreas Rühle (UFW) und Thomas Harms (FDP) sprachen sich für ein „Worst- und Best-Case-Szenario“ aus.